

Anträge DIE LINKE zum Kreishaushalt 2019 und das Abstimmungsergebnis vom 10.12.19

Anträge zur Minderung der Wohnungsnot

Antrag 1 Holzhäuschen der Aufbaugilde

Als Sofortmaßnahme gegen die aktuelle Wohnungsnot im Landkreis wird bei der Aufbaugilde ein Holzhäuschen der Aufbaugilde gekauft um überhaupt mal ein Zeichen zu setzen dafür, dass sich der Landkreis fürs soziale Wohnen zuständig erklärt. Das Häusle soll ([auf dem Gelände der Lerchenstraße 40-streichen](#)) vom Landratsamt entweder als Wohnraum, oder den Winter über auch als Obdachlosenunterkunft und/oder als Kälteschutz für Obdachlose genutzt werden.

Mit 8 JA Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt. 35 000 Euro

Antrag 2 Werkswohnungen Straßenmeisterei Neuenstadt a.K.

Um der aktuellen Wohnungsnot rasch entgegenzuwirken sind auch sogenannte Werkswohnungen geeignet und zu reaktivieren. Seit 2005 ist der Landkreis Arbeitgeber auch im Bereich der Straßenmeisterei Neuenstadt. Dort soll jetzt das Wohnhaus mit Büroanteil abgebrochen und an seiner Stelle ein Gebäude mit Sozial- und Büroräumen errichtet werden. Wir beantragen dort ein 3.Stockwerk zum Zwecke der Wohnraumschaffung. Als „Werkswohnungen“ soll dort kurzfristig flexibler Wohnraum entstehen.

Mit 11 JA Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt. 500 000 Euro

Antrag 3 Sanierung von SLK Personalwohnungen am Plattenwald.

Am Plattenwald fallen drei Wohn- und Geschäftshäuser der SLK Kliniken durch einen ziemlich verfallenen Zustand unangenehm auf. Aktuell gibt es dort noch Personalwohnungen für Krankenhausbeschäftigte. Wir möchten, dass die Wohnungen in Schuss gehalten und saniert werden. Dazu fordern

wir einen Sanierungszuschuss an die SLK Kliniken von **500 000 Euro**.

Mit 8 JA Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

P.S. Die Verwaltung soll prüfen, 1) ob die Stadt HN ebenfalls einen solchen Betrag für die Schaffung/Erhaltung von Personalwohnungen bei der SLK am Gesundbrunnen setzen kann. 2) Ob es eine Möglichkeit der Förderung gibt, im Zusammenhang mit dem neuen Pflegestärkungsgesetz der Regierung.

Antrag 4 Gebührenerhöhung für Flüchtlingswohnungen

Die Landkreisverwaltung nimmt die drastische Gebührenerhöhung vom Frühjahr des Jahres zurück und übernimmt die dadurch entstehenden Mehrkosten für **130 000 Euro**. **Mit 13 JA und 1 Enthaltung abgelehnt.**

Anträge zur sozial-ökologischen Mobilität

Antrag 5 Verzicht auf Fahrpreiserhöhungen beim HNV

Der Landkreis Heilbronn übernimmt ein Fünftel der Kosten, die der HNV durch die Fahrpreiserhöhungen 2019 einnehmen will, und wirkt im Aufsichtsrat des HNV auf eine Rücknahme der Fahrpreiserhöhung hin.

Mit 11 JA Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt. **260 000 Euro**

Antrag 6 ÖPNV Koordinator im Stellenplan

Zusätzliche Stelle für die Vernetzung und Verbesserung des ÖPNV und die Mobilität der Zukunft im Landkreis Heilbronn, auch in Hinblick auf eine notwendige Strukturveränderung des Verkehrsverbundes HNV.

Mit 8 JA Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt. **70 000 Euro pro Jahr**

Finanzierungsvorschlag der 6 Anträge

Sowohl die Anträge zur Minderung der Wohnungsnot, wie auch die Anträge zur sozial-ökologischen Mobilität betreffen mehr oder weniger alle Kommunen im Landkreis gleichermaßen. Deshalb ist es gerecht und zielführend, dass die Anträge, sofern sie sich nicht refinanzieren (z.Bsp. durch Mieteinnahmen bei Werkswohnungen, oder zusätzliche Einnahmen durch zusätzliche Fahrgäste) über eine geringere Absenkung der Kreisumlage finanziert werden.

23.11.18 / **11.12.18**

Johannes Müllerschön und Florian Vollert